This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Sat Apr 20 3:39:28 2024 / +0000 GMT

Gemeinnützige Arbeit zahlt sich für Mieterin aus (Hilfe zur Selbsthilfe)

Eine Spandauer Mieterin kam durch ihren Vermieter veranlasst in eine prekäre Situation durch eine ohnehin formell unwirksame Nebenkostenabrechnung, mit der die Mieterin schon deshalb überfordert war, weil sie in den Jahren zuvor nie eine Abrechnung erhalten hatte. Zunächst wandte sich die Mieterin an einen anderen Mieterverein in Berlin, der auch Hilfe zusagte. Den Widerspruch gegen die Abrechnung musste die Mieterin auf Weisung des Mitarbeiters selbst schreiben und wenig später nach Eingang der Klage durch den Vermieter wurde der andere Mieterverein durch ein Schreiben tätig, in dem er gleichzeitig mitteilte, dass er die Mieterin in der Klage, entsprechend der Satzung, nicht vertreten könnte.

Die Mieterin kam dann in unsere Geschäftsstelle und wir haben selbstverständlich nach Durchsicht der Unterlagen uns dazu entschlossen im Rahmen unserer **ehrenamtlichen** und **gemeinnützigen** Arbeit Hilfe zu leisten durch den gerichtlichen Beistand, der in der ZPO geregelt ist, also die Mieterin während der Verhandlung vor dem Spandauer Amtsgericht zu unterstützen. Diese Hilfe zur Selbsthilfe mit unserer Unterstützung in schwierigen Lebenssituationen ist gerade die Stärke des Vereins die allen Verbrauchern zur Verfügung steht, auch kurzfristig wenn die Not am größten ist. Zur Kenntnis fügen wir ein Schreiben der betroffenen Mieterin im Anhang bei, um die Glaubhaftmachung dieser Geschichte zu dokumentieren, denn wir wissen, dass dies kein Einzelfall ist.

In Anbetracht der Erfolge unseres Vereins ist es geradezu abenteuerlich, dass auf Antrag der **Spandauer Grünen (GAL)** versucht wird den Verein in seiner Arbeit zu behindern und ihn sogar aus einem mit **Steuermitteln** erbauten Mehrgenerationenhauses vertreiben zu wollen. Auch das Anzweifeln des satzungsrechtlichen Zwecks der Förderung des Verbraucherschutzes, ist ein offener Affront gegen den Verein und vor allem aber gegen die Menschen die hilfesuchend zu uns kommen und den 2.000 Mitgliedern die diesem Verein angehören. **Am Montag, den 5. November 2012, um 16.30 Uhr im Raum 202 des Rathauses Spandau** ist die Vereinsführung aufgefordert worden Stellung zu nehmen zu den Vorwürfen der Grünen Fraktionsvorsitzenden Frau Höhne. Diese Art der Behandlung eines eingetragenen und gemeinnützigen Vereins durch ein Bezirksgremium ist durch Einmaligkeit geprägt und gleichzeitig ein **skandalöser Vorgang**, den es in Spandau so noch nicht gegeben hat.